

Gegen eine gesetzliche Pflicht für Upload-Filter

Beschluss des Deutschlandtages vom 5. bis 7. Oktober 2018 in Kiel

Die Junge Union Deutschlands spricht sich gegen Artikel 13 aus, der eine gesetzliche Pflicht für Plattformbetreiber vorsieht, sogenannte „Upload-Filter“ einzurichten. Um Meinungsfreiheit zu gewährleisten und die Social-Media-Kultur nicht nachhaltig einzuschränken, brauchen wir ein effektives Urheberrecht, das unabhängigen Journalismus und künstlerische Freiheit sichert. „Upload-Filter“ sind dafür jedoch der falsche Weg. Eine so genutzte automatische Zensur-Infrastruktur würde die Gefahr bergen, dass legitime und legale Inhalte, beispielsweise wenn sie nur im privaten Umfeld geteilt werden, massenhaft vorsorglich gelöscht werden und so die Meinungsfreiheit übermäßig eingeschränkt wird. Die Beurteilung und Löschung illegaler Inhalte darf nicht allein Algorithmen überlassen werden, sondern kann letztlich nur durch den Einsatz personeller und damit auch finanzieller Ressourcen effektiv gelingen. Hier dürfen sich Plattformbetreiber wie auch der Staat ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nicht entziehen.